

Bericht

des Stadtentwicklungsausschusses

über die Drucksache

18/4644: Kreative Stadtentwicklung: Die Potentiale Hamburgs (Große Anfrage der GAL)

Vorsitzender: **Jan Quast**

Schriftführer: **Hans-Detlef Roock**

I. Vorbemerkungen

Die Drs. 18/4644 ist dem Stadtentwicklungsausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion durch Beschluss der Bürgerschaft vom 23. August 2006 überwiesen worden. Der Stadtentwicklungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 25. Januar 2007 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die GAL-Abgeordneten bemerkten, in der Antwort auf die Große Anfrage sei ausformuliert, dass die HHLA bereits jetzt Flächen in der Speicherstadt an kreative Unternehmen vermiete. Sie erkundigten sich nach den Perspektiven.

Sie kamen dann auf das Thema „Existenzgründungszentren“, sogenannte Inkubatoren, zu sprechen. Es sei die Aussage getroffen worden, dass man nicht plane, weitere solcher Zentren zu betreiben. Die GAL-Abgeordneten fragten nach den Gründen, zumal die bestehenden Zentren sehr erfolgreich arbeiteten. Gerade im Hinblick auf die Umnutzung städtischer Liegenschaften könnte man darüber nachdenken, so etwas weiter zu führen.

Außerdem interessierte sie das Thema der Nutzung von Konversionsflächen für kulturelle oder kreative Zwecke. Insbesondere wollten sie wissen, was auf der Fläche des ehemaligen Kulturbahnhofs Altona geschehen solle. Sie fragten, ob dort Potenziale für Zwischennutzungen gesehen würden.

Zum Thema Beach Clubs erkundigten sich die GAL-Abgeordneten, ob Möglichkeiten gesehen würden, diese für einige Zeit auf Flächen in der HafenCity oder auf der anderen Elbseite, beispielsweise vor der Helm Logistik, anzusiedeln.

In dem Kontext „Aktive Stadtteilentwicklung“ bzw. „Stadtteilentwicklung durch Kultur und kreative Branchen“ verwiesen sie auf den aus ihrer Sicht sehr positiven Prozess in der Neuen Großen Bergstraße in Altona. Innerhalb der letzten zwei Jahre habe sich dort eine lebendige kulturelle Szene entwickelt. Diese beginne auch bereits, dem Standort ein neues, positives Image zu geben. Die GAL-Abgeordneten fragten, ob darüber nachgedacht werde, dies im Sanierungsprozess dort weiter zu verankern bzw. ob dies dazu veranlasse, Ähnliches auch an anderen Stellen der Stadt zu versuchen.

Sie sprachen in diesem Zusammenhang eine Ausschreibung der IBA GmbH für das Jahr der Zwischenpräsentation zum Einreichen von Konzepten für Kunst und kulturelle Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Bauausstellung an. Es sei nahe liegend,

eine solche Strategie einzusetzen. Die Abgeordneten wollten wissen, ob man sich bereits Gedanken darüber gemacht habe, wo es im Rahmen der Zwischenpräsentation weitere Projekte geben könnte, zu denken wäre dabei beispielsweise an die Hamburger Schlossinsel, an Flächen im Reiherstiegviertel oder auch im Bereich Kleiner Grasbrook, Dessauer Ufer.

Die Senatsvertreter bezeichneten zunächst die kreativen Branchen als einen Bestandteil der wachsenden Metropole. Insofern werde man dort, wo es möglich sei, auch versuchen, kreative Stadtentwicklung zu realisieren.

Zur Frage nach den Perspektiven in der Speicherstadt berichteten sie, dass der Plan, dort Ateliers für Künstler einzurichten, inzwischen umgesetzt worden sei. Es gebe bei der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) acht bereits unterzeichnete Verträge mit Künstlern, die ab April dort Arbeitsateliers beziehen würden. Dies werde als ein sehr guter Schritt in Richtung stärkere Präsenz von Künstlern in der Speicherstadt/HafenCity bewertet.

Hinsichtlich der Inkubatoren und Gewerbehöfe führten die Senatsvertreter aus, dass kreatives Gewerbe in der Weise unterstützt werde, wie es in den Konzepten vorgesehen sei. Der Schwerpunkt liege in der Gewerbeförderung, aber auch in der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. Wenn Unternehmen aus der Kreativbranche, schon vorhandene oder auch mögliche Nutzer der Inkubatoren, diese Voraussetzungen erfüllten, würden sie selbstverständlich berücksichtigt und konstruktiv unterstützt.

Die Senatsvertreter kamen dann zu der Frage nach dem Altonaer Bahnhof und wiesen darauf hin, dass die Bahn noch nicht entschieden habe, welche Flächenbereiche überhaupt zur Verfügung gestellt werden sollten. Insofern könne man auch noch nicht konkret über Realisierungsmöglichkeiten sprechen. Bei dem jetzigen Eigentümer, Aurelis, gebe es aber Überlegungen, Teile der Fläche auch weiterhin einer kulturellen Nutzung zuzuführen.

Zum Thema der Nutzung von Konversionsflächen für kulturelle oder kreative Zwecke allgemein erklärten sie, dass es bei fast allen Flächen Bemühungen gebe, „etwas Besonderes“ mit unterzubringen.

Für den Güterbahnhof Barmbek, wo eine Kindertagesstätte eingerichtet werden solle, gebe es noch zu präzisierende Ideen für andere, ergänzende Maßnahmen. Voraussetzung sei, dass noch Fläche zur Verfügung stehe.

Auch was das Gelände der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Wandsbek betreffe, gebe es Überlegungen, ob Teilbereiche mitgenutzt werden könnten. Diese befänden sich im Zuge des Bebauungsplans momentan in der Präzisierung.

In der HafenCity würden ebenfalls diverse Aktivitäten betrieben, und zu den erwähnten acht Ateliers in der Speicherstadt sollten nach Möglichkeit weitere hinzukommen. Auch den Binnenhafen habe man im Blick und es würden Überlegungen im Zusammenhang mit der Aufgabe der New Yorker Gummiwaren angestellt.

Im Zusammenhang mit den gesamten IBA-Projekten, wozu auch die Schlossinsel gehöre, beschäftige man sich ebenfalls sehr stark mit dem Thema, und zwar auch hinsichtlich dauerhafter Einrichtungen. Die Senatsvertreter berichteten von einem Arbeitskreis, welcher in den vergangenen anderthalb Jahren unter Beteiligung vieler ansässiger Kulturschaffender auch aus dem Bereich Wilhelmsburg getagt habe. Es gebe eine Menge Überlegungen und Ideen, sowohl was Standorte anbelange wie auch Projekte. Die erwähnte Ausschreibung diene dazu, zu einer abschließenden Entscheidung im Hinblick auf die Förderfähigkeit und Realisierbarkeit in diesem Jahr zu kommen und einen Vergleichsmaßstab zu schaffen. Die Jury werde im März tagen. Die Ergebnisse sollten im Herbst präsentiert werden. In der Hauptsache wolle man möglichst viele Standorte bespielen, um zu erreichen, dass man Wilhelmsburg an den verschiedensten Stellen wahrnehme. Die Dimension der Insel, aber auch die Qualität einiger Standorte sollten zum Ausdruck gebracht werden. Es würde sich anbieten, dies über kulturelle Projekte zu machen, die dazu einluden dorthin zu fahren. Über Rundfahrten könnte man die Standorte dann breiter bekannt machen. Die Senatsvertreter wiesen darauf hin, dass die Flächen, die im Freihafen lägen, noch eine andere Thematik berührten, so dass es hier gewisse Vorbehalte in der Umsetzung gebe.

Dies betreffe auch den angesprochenen möglichen Standort für die Beach Clubs.

Die Senatsvertreter erklärten, dass man bemüht sei, Alternativstandorte für die Beach Clubs anzubieten. Zunächst gehe es darum, für dieses Jahr eine Lösung zu finden. Natürlich falle der Blick in diesem Zusammenhang auch auf das Südufer der Elbe,

aber auch dort seien viele Flächen belegt. Man müsse passende Stellen finden, die faktisch auch erreichbar seien.

Das Projekt in der Neuen Großen Bergstraße bezeichneten die Senatsvertreter als sehr gelungen. Dies sei nicht zuletzt den beteiligten Akteuren dort zu verdanken. Die Senatsvertreter waren zuversichtlich, dass Teile der derzeitigen Aktivitäten in der Großen Bergstraße auch fortgeführt werden könnten, wenn es dort einmal zu endgültigeren Lösungen kommen werde. Auch die Investoren hätten eine Wahrnehmung dafür, dass der Standort dadurch aufgewertet werde.

Als weiteres positives Beispiel für den Umgang mit Zwischensituationen benannten die Senatsvertreter die Initiative, die es in der City Nord gegeben habe. Auch hier böten sich Ansatzpunkte einer Fortführung.

Beide Beispiele machten Mut, Vergleichbares an anderen Stellen ebenfalls zu versuchen. Allerdings hänge der Erfolg solcher Projekte immer sehr stark von den agierenden Personen ab. Insofern sei eine Übertragbarkeit nicht so einfach gewährleistet.

Die GAL-Abgeordneten hatten den Eindruck, dass den kreativen Branchen in Hamburg im Allgemeinen keine große Gewichtung zukomme. Aus der Antwort auf die Große Anfrage ergebe sich ein ähnliches Bild. Da sich die kreativen Branchen dem Clusterbegriff verweigerten, seien sie zwar an vielen Stellen präsent, führten aber im Wesentlichen ein Nischendasein. Dies sei in anderen Städten anders.

Die Abgeordneten fragten, ob es eine Konzeption bzw. eine Zielmarke für kreative Branchen gebe und ob sich eine Zusammenarbeit der Behörden diesbezüglich abzeichne.

Die Senatsvertreter entgegneten, dass eine Große Anfrage nicht das Mittel sei, um eine Grundsatzrede zu diesem Thema zu halten.

Gleichwohl betonten sie, dass es zahlreiche Projekte gebe, die selbstverständlich kreative Bausteine enthielten. Diese wären immer sinnvoll. Insbesondere trügen sie auch dem Thema „Integration“ Rechnung.

Aktuell sei das Projekt „Lebenswerte Stadt Hamburg“ besonders zu erwähnen.

Dies enthalte als integrativen Bestandteil das Projekt „Buchstart“, welches auf Elternhäuser abziele, in denen wenig gelesen werde. Das Projekt sei inzwischen mit einer erfreulichen Resonanz in der Öffentlichkeit und den Medien gestartet. Überall würden in Arztpraxen die Tüten mit den Leseanregungen ausgegeben.

Außerdem sprachen die Senatsvertreter das Projekt „Canto del Mondo“ an. Wenn dieses greife, erhoffe man sich nachhaltige Impulse in die ganz junge Szene von Kulturproduzenten und Kulturkonsumenten hinein.

Die Senatsvertreter berichteten darüber hinaus vom engen Kontakt zwischen der Kulturbehörde und der Künstlerszene, welche man in Bezug auf Beiträge zum kulturellen Leben Hamburgs für sehr potent halte. Seit einiger Zeit arbeite man in Form von „round tables“ sehr intensiv daran, diese Szene stärker zu einer Vernetzung zu motivieren. Man fördere die Szene in diesem wie im letzten Jahr mit insgesamt 140 000 Euro. Das Geld erreiche 18 Antragsteller, darunter große alte Künstlerhäuser, aber auch ganz neue.

Man habe die Szene sehr genau im Blick und befinde sich in sehr engem Dialog mit ihr. In den nächsten Jahren werde sich noch einiges entwickeln. Man habe auch das Glück, dass ein anonymer Mäzen für die nächsten drei Jahre 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt habe. Dieses Geld fließe zum großen Teil in Aktivitäten, aber auch in die Entwicklung der Szene hinein. Das habe sich bereits in einem Symposium ausgedrückt, welches die Szene im letzten Jahr zu ihrer eigenen Situation entwickelt habe. In diesem Jahr wollten die befassten Künstlerhäuser ein europaweit ausgerichtetes Symposium zur Situation selbstverwalteter Künstlerhäuser durchführen.

Die GAL-Abgeordneten bezeichneten die Informationen der Senatsvertreter zum Thema Bahnhof Altona als nicht zufrieden stellend. Ihrer Erinnerung nach sei der Planungsanstoß von der Bahn selbst ausgegangen. Die Abgeordneten wollten wissen, ob es einen aktuellen Zwischenstand gebe. Außerdem interessierte sie, ob und auf welcher Ebene es regelmäßige Kontakte zwischen der Bahn und der Stadt gebe, um sich über verschiedene Vorstellungen zu verständigen.

Zu den Zollgrenzen im Hafen bemerkten die GAL-Abgeordneten, dass diese auch bei der Abwicklung von Verkehrsabläufen häufig ein Problem darstellten. Sie fragten, welche Strategien der Senat verfolge, um diese hinderlichen Seiten des Zolls dauerhaft zu minimieren.

Zum Bahnhof Altona führten die Senatsvertreter aus, dass der Anstoß von der regionalen Vertretung der Bahn gekommen sei, und zwar aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Die Entscheidung werde aber nicht hier gefällt, sondern in der Zentrale in Berlin. Die hiesige Vertretung der Bahn habe den Senat gebeten, unterstützend tätig zu werden, weil eine positive Entscheidung von dort nicht vorliege. Diesem Wunsch sei man gern nachgekommen. Auch habe man sich mit den örtlichen Vertretern und teilweise auch mit Vertretern aus Berlin zusammengesetzt und bestimmte Überlegungen erörtert. Dabei sei von Senatsseite sehr deutlich gemacht worden, dass man keine „Salamitaktik“ wünsche, dass man einen Gesamtwurf wolle und nicht beabsichtige, einzelne Maßnahmen vorzuziehen, die ein Gesamtkonzept verhinderten. Auch habe man der Bahn aufgegeben, wenn sie denn die erforderliche Verlagerung vornehmen werde, sich Gedanken über die Konsequenzen der verkehrlichen Infrastruktur zu machen.

Zur zweiten Frage der GAL-Abgeordneten erklärten die Senatsvertreter, dass der Zoll mit einem Rückbau des Zollzaunes nicht einverstanden sei.

Die Diskussion über eine mögliche Aufhebung des Freihafenstatus sei eine, welche zunächst unter den im Hafen Ansässigen geführt werden müsse. Eine Entscheidung sollte nicht über deren Köpfe hinweg getroffen werden. Wie man in der Öffentlichkeit verfolgen könne, sei das Thema höchst umstritten. Allerdings könne vorsichtig eingeschätzt werden, dass es eine kleinere Gruppe sei, die ein Verbleiben wünsche, und eine größere, die sich durchaus vorstellen könnte, den Freihafenstatus aufzuheben. Der Diskussionsprozess mit den Beteiligten laufe.

Die SPD-Abgeordneten kamen auf das Thema „Subkulturen in sozialen Brennpunkten“ zu sprechen. Sie erkundigten sich, ob eine schwerpunktmäßige Zuordnung seitens der zuständigen Behörde inzwischen vorgenommen worden sei, ggf. mit welchen Ergebnissen.

Zum Entwicklungsraum Billstedt/Horn wollten sie wissen, ob die Zukunftskonferenz, die kulturelle Potenziale benennen solle, ihre Arbeit bereits aufgenommen habe, ggf. mit welchen Ergebnissen.

Die Senatsvertreter berichteten, dass die Zukunftskonferenz im Entwicklungsraum Billstedt/Horn begonnen habe. Man befinde sich zurzeit in einem schwebenden Diskussionsprozess. Sie wiesen darauf hin, dass die Städtebauförderung und insbesondere die Stadterneuerung, die aktive Stadtteilentwicklung und die städtebauliche Sanierung, zwei Förderprogramme seien, die sehr offen gegenüber Aktivitäten seien, die im Stadtteil selbst entstünden. Dazu gehörten auch die Teilbereiche, die in der Großen Anfrage mit „Subkultur“ umschrieben würden. Kulturelle Initiativen wie in der Großen Bergstraße seien willkommen und würden so gut es ginge gefördert, obgleich es sich bei der Stadterneuerung im Kern um ein investives Programm zur Schaffung von Infrastruktur handele, in der sich dann auch kreatives kulturelles Leben entfalten könne. Die Senatsvertreter betonten, dass keinesfalls gewisse kulturelle Aktivitäten aus dem Erneuerungsprozess in Quartieren, die Entwicklungspotenziale auswiesen, ausgegrenzt würden. Was sich vor Ort entwickle, was sich anbiete und was gefördert werden könne, werde gern aufgenommen. Jede Initiative und Aktivität in Richtung Potenzialausschöpfung sei in der Stadterneuerung willkommen.

Zur ersten Frage der SPD-Abgeordneten führten die Senatsvertreter aus, dass es in vielen Gebieten der Stadterneuerung kulturelle Initiativen gebe, die möglicherweise der Subkultur zugeordnet werden könnten. Auch in dem Projekt „Lebenswerte Stadt Hamburg“ gebe es zum Beispiel Hip-Hop-Initiativen, die aufgegriffen würden.

Eine genaue Zuordnung von Kulturtypen konnten die Senatsvertreter nicht vornehmen. In allen Gebieten seien aber vielfältige Aktivitäten zu beobachten, die das ganze Spektrum der Kultur und der Kreativität abdeckten. Alles sei willkommen. Sie erinnerten in diesem Zusammenhang an das sehr erfolgreiche Projekt des „Ladenleuchtens“ in Wilhelmsburg, welches entwickelt worden sei, um ungenutzten Ladenflächen die Tristesse zu nehmen. Die Senatsvertreter betonten noch einmal, dass man aber immer nur das aufnehmen könne, was im Stadtteil an Aktivitäten vorhanden sei. Erzwingen könne man nichts.

Die GAL-Abgeordneten hielten die Ausführungen der Senatsvertreter zur Wirkung von Kunst und Kultur als Mittel von Stadtentwicklung für sehr unverbindlich.

Es sei nicht zu erkennen, dass der Senat hier eine übergreifende Strategie verfolge. Dies belege auch die Drucksache zur wachsenden Stadt, welche vor vier Jahren ver-

abschiedet worden sei. Darin sei zwar festgehalten, dass es in Hamburg rund 1200 Betriebe der kreativen Branchen gebe und dass fast 30 % der Bruttowertschöpfung in Hamburg in diesem breit gefassten Sektor generiert würden; es werde aber auch deutlich, dass man sich diesem Bereich nicht wirklich intensiv und mit einer konzisen Strategie gewidmet habe. Dies sei aus Sicht der GAL-Abgeordneten ein Defizit.

Es gebe in Hamburg Projekte wie zum Beispiel die Elbphilharmonie, welche von großer Strahlkraft seien und Hamburg als Kulturmetropole positionieren sollten. Es dürfe aber nicht nur einen „Leuchtturm“ geben, sondern man müsse auch sehen, was sich in der Vielfalt der kulturellen Szenen der Stadt abspiele und eine Balance herstellen. Hamburg brauche das, um den kulturellen Humus für funktionierende kreative Branchen mit ihrem enormen wirtschaftlichen Gewicht entstehen zu lassen.

Zwar sei deutlich geworden, dass es eine ganze Reihe von Ansatzpunkten gebe, Hamburg fehle aber eine konzise Strategie und auch die richtige „Power“, um zu erkennen, wo überall die Potenziale lägen. Als Beispiel führten die GAL-Abgeordneten das Thema „Elbbrückenzentrum“ an, welches gerade von der Stadt angekauft worden sei. Dort werde eine Fläche voraussichtlich über längere Zeit brach liegen. Auch auf dem großen Gebiet des AK Ochsenzoll stünden eine Reihe von denkmalgeschützten Gebäuden teilweise seit Jahren leer.

Als positiv hoben die GAL-Abgeordneten hervor, dass offensichtlich noch daran gearbeitet werde, das Thema Open-Air-Bühne für Wilhelmsburg zu bewegen. Dies wäre aus ihrer Sicht etwas wie ein „kleiner Leuchtturm“, wodurch Wilhelmsburg zu einem neuen Punkt auf der kulturellen Landkarte Hamburgs würde.

Zum Thema „Subkulturen in den Stadtteilen“ unterstrichen sie, dass gerade der Entwicklungsraum Billstedt in diesem Zusammenhang gesehen werden müsse.

Es sei aber zu überlegen, ob man hier nicht versuchen sollte, kulturell einen anderen Akzent zu setzen. Der Gedanke einer Hip-Hop-Akademie, welcher aus dem Stadtteil heraus formuliert und konzipiert worden sei, knüpfte aus ihrer Sicht gut an die populäre Kultur an.

Insgesamt sahen die GAL-Abgeordneten, dass eine ganze Reihe interessanter Projekte verfolgt werde, aber doch zu wenig mit 140 000 Euro Förderung pro Jahr.

Gerade die Stadtentwicklungsbehörde müsse sehen, dass ihre Potenziale bei der Bewirtschaftung städtischer Flächen und Immobilien groß seien. Sie sollte dort aktiver werden und nicht nur die Dinge an sich herantragen lassen.

Die Senatsvertreter entgegneten, dass der Ansatz, welcher verfolgt werden müsse, erst einmal kleinteilig sei, um jeden zu erreichen. Dafür hätten sie Beispiele gebracht.

Als weniger kleinteilige Projekte benannten sie unter Anderem noch die Honigfabrik und die mobile Stadtteilbühne in Wilhelmsburg, das Hafenumuseum im Aufbau und die Künstlerateliers bei der Sporthalle auf der Veddel, Karostar in St. Pauli, sowie das Haus 3 und den Musikbunker in Altona.

Die GAL-Abgeordneten meinten, es reiche nicht, ein paar Projekte zu nennen.

Was fehle, sei eine Bewertung, eine Gewichtung dessen, was als kreative Branchen gesehen werde. Und das bedeute Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik. Die Stadtentwicklung könnte daran einen wesentlichen Anteil haben.

Die Senatsvertreter erklärten, dies sei für sie integrativer Bestandteil jeder Maßnahme, die in einer Stadtteilentwicklung durchgeführt werde.

Man sehe sich bei der Entwicklung die Quartiere an und entwickle dann zusammen mit den vor Ort Aktiven das, was machbar sei.

Darüber hinaus gebe es Querschnittsthemen, die man auch ohne diese Möglichkeiten aufsetzen könne. Auch das werde gemacht.

Was die wirtschaftspolitische Seite angehe, dürfe man nicht aus einer anderen Clusterabgrenzung schließen, dass nichts geschehe. Im Rahmen der wachsenden Stadt sei ein Cluster Medien und IT gebildet worden, ein in sich höchst heterogener Bereich und sicher ein zentraler Bereich von „Creative Industries“. Dort versuche man Vernetzungen herbeizuführen und Untergruppen zusammenzubringen mit der Idee, dass neue Geschäftsfelder entstehen könnten. Auch gebe es ganz spezifische Förderinstrumente

Die GAL-Abgeordneten hielten insbesondere die Situation im Bereich der Musikindustrie und des Musiklebens in Hamburg für nicht zufrieden stellend. Hier wäre mehr zu tun. Bedauerlicherweise habe das Reeperbahnfestival nicht gut funktioniert. Der Erfolg von Karostar zeige aber, wie viel Potenzial vorhanden sei. Eine Kulturmetropole

müsse sich breit darstellen. Zurzeit gebe es Felder, die nur „halb ausgeleuchtet“ seien.

Die GAL-Abgeordneten wollten dann wissen, ob in Hamburg offensiv dafür eingetreten werde, dass Künstlern bezahlbare Flächen – sowohl zum Wohnen als auch für ihr Gewerbe – zur Verfügung gestellt würden bzw. ob dies geplant sei.

Die Senatsvertreter berichteten, dass man sich mit diesem Thema im Zusammenhang mit der Schaffung eines räumlichen Leitbildes, Hamburg 2020, befasse. Allerdings dürfe man nicht verkennen, dass Hamburg eine Metropole sei und man Grundstücksflächen nicht zum Preis von Ackerflächen im Angebot habe.

Die Senatsvertreter wiesen darauf hin, dass es für Existenzgründer aber auch spezielle Förderungen vom Bund und von Hamburg gebe.

Die CDU-Abgeordneten empfanden es als irritierend, dass versucht werde, das kreative Potenzial von Hamburg an der Verteilung der Flächennutzung festzumachen. Nicht die Nutzungsart sei kreativ, sondern der Mensch, der diese ausfülle. So böte beispielsweise ein ideenreicher Tischler in einem ganz gewöhnlichen Gewerbegebiet viel mehr kreatives Potenzial als ein eingerosteter Werbedrucker in einer Übergangsnutzung. Die CDU-Abgeordneten meinten, dass Kreativität in erster Linie eine Bildungsfrage und nicht eine Flächennutzungsfrage sei.

Die GAL-Abgeordneten waren der Ansicht, dass es bei Beratungen im Stadtentwicklungsausschuss auch um Flächen und Gebäude gehen müsse.

Natürlich sei Kreativität ein Potenzial des Menschen. Auf der anderen Seite seien viele kreative Tätigkeiten erst einmal gering Wert schöpfend und die Frage nach den Preisen, zu welchen Flächen zur Verfügung gestellt würden, rücke ins Blickfeld. Aus diesem Grunde werde auch immer wieder über Zwischennutzungen nachgedacht, über Flächen und Gebäude, die für gewisse Zeiträume nicht hochwertig genutzt würden, die aber durchaus interessant sein könnten. Drei bis fünf Jahre seien Zeiträume, mit denen dort schon gearbeitet werden könne, und wenn die Stadt etwas Mut aufbringe, könnte sie dies auch angehen.

Die GAL-Abgeordneten kamen dann auf das Thema „Wohnboote“ zu sprechen.

Es interessierte sie, wie viele Einheiten inzwischen existierten und wie viele in diesem Jahr hinzukommen sollten.

Die Abgeordneten bemerkten, das Thema sei auch im IBA-Memorandum angesprochen und fragten, ob es mittlerweile Überlegungen gebe, dies vom Papier in die Realität zu bringen.

Zu der Frage nach den Hausbooten führten die Senatsvertreter aus, dass noch kein Projekt realisiert sei, dass aber verschiedene Vergaben erfolgt seien. So seien die Flächen des Hochwasserbassins vergeben worden. Das Verfahren für die Fläche im Eilbekkanal an der Hochschule für bildende Künste laufe noch. Seine Endstufe werde im Frühjahr dieses Jahres erreicht.

Die Senatsvertreter berichteten, dass der Senat eine Reihe von Flächen ausgewiesen habe, die er für geeignet halte. Für alle diese Flächen seien die Rahmenbedingungen zwischen den Behörden geklärt worden, was als großer Fortschritt angesehen werde. Die Senatsvertreter wiesen darauf hin, dass man nicht alle diese Flächen separat ausschreiben sondern auf Antragsteller warten werde. Es sei gar nicht so schwierig, an solche Flächen heranzukommen, wenn wirkliches Interesse bestehe und die Rahmenbedingungen eingehalten würden. Die Senatsvertreter verwiesen in diesem Zusammenhang auf den Harburger Binnenhafen.

Zur Frage bezüglich der IBA erklärten sie, dass die Gesellschaft zurzeit dabei sei, mit der Liegenschaft eine Abstimmung über geeignete Flächen herbeizuführen. Eine Entscheidung werde es im Laufe des Jahres geben. Die Senatsvertreter machten darauf aufmerksam, dass es Teil des Senatsprogramms für das Wohnen in Wilhelmsburg sei, auch auf Land andere Wohnformen zu erschließen.

Es gebe bereits einige Initiativen für Standorte, die man weiter verfolgen wolle.

Dazu dienten jetzt auch die Gespräche mit der Liegenschaft.

Die Senatsvertreter kamen dann noch einmal auf die Frage zurück, welchen Aufwand der Senat in Projekte in dem sehr weiten Feld kreativer Milieus stecke. Sie betonten, dass die Förderung nicht allein aus den genannten 140 000 Euro der Kulturbehörde bestehe, sondern dass weitere, durchaus beträchtliche Summen aus anderen „Töpfen“ hinzukämen.

III. Ausschussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den vorstehenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Hans-Detlef Roock, Berichterstatter